

Offshore-Wind gerät in finanzielle Turbulenzen

geschrieben von Chris Frey | 29. September 2023

Bonner Cohen, Ph. D.

Die ehrgeizigen Pläne der herrschenden politischen Klasse, im Bunde mit gut vernetzten Anbietern erneuerbarer Energien Windkraftanlagen im industriellen Maßstab vor den Küsten der Vereinigten Staaten zu errichten, stoßen auf die harten kommerziellen Realitäten eines ungünstigen wirtschaftlichen Umfelds.

Das hochgesteckte Ziel der Regierung Biden, bis zum Jahr 2030 eine Offshore-Windkraftkapazität von 30 Gigawatt zu erreichen (heute sind es weniger als 50 Megawatt), scheint trotz der gigantischen Subventionen im Rahmen des im letzten Jahr verabschiedeten Inflation Reduction Act (IRA) in weite Ferne gerückt zu sein. Die Vergünstigungen des IRA für Windkraftentwickler in Verbindung mit einer bundesstaatlichen Regulierungsbürokratie, die darauf erpicht ist, Offshore-Windkraftprojekten grünes Licht zu geben – ganz gleich, wie hoch das Risiko für die Meeresbewohner ist – waren eine Versuchung, der das Klimakartell nicht widerstehen konnte.

Eines der prominentesten Mitglieder des Klimakartells ist Ørsted, ein dänisches Unternehmen, das sich – ganz im Einklang mit der Zeit – von einem Öl- und Gasproduzenten zum weltweit größten Entwickler von Offshore-Windkraftanlagen gewandelt hat. Ørsted hat Windprojekte vor den Küsten von Connecticut, New York und New Jersey ins Visier genommen und 2018 und 2019 Verträge abgeschlossen – lange vor Inkrafttreten des IRA, dessen großzügige Subventionen solche Projekte noch verlockender machten. Was könnte schiefgehen?

Nun – so ziemlich alles.

„Offshore-Windprojekte werden zu einem Hauptopfer der Verschiebung der Finanzmärkte weg von der alten Welt der reibungslosen Lieferketten, der niedrigen Inflation und des freien Geldes“, berichtete das Wall Street Journal (8. September). Die Inflation hat die Materialkosten in die Höhe getrieben, steigende Zinssätze haben die Kreditkosten in die Höhe getrieben, und Verzögerungen bei den Genehmigungen (nicht einmal freundlich gesonnene Bürokratien arbeiten effizient) haben die einstmal rosigen Berechnungen von Ørsted über den Haufen geworfen. Jetzt sagt das Unternehmen, dass nicht einmal die üppigen Steuervergünstigungen des IRA ausreichen, um seine Projekte rentabel zu machen. Es will, dass die US-Steuerzahler mehr Geld auf den Tisch legen, um den Traum des Unternehmens am Leben zu erhalten. Und wenn es seinen Willen nicht bekommt, wird es seine US-Projekte ganz aufgeben.

Ørsted ist nicht allein. Das Journal wies darauf hin, dass zwei seiner Konkurrenten, Shell und Avangrid, mit Geldstrafen in Millionenhöhe rechnen müssen, weil sie ihre Offshore-Windparks in Massachusetts aufgegeben haben. Der Grund? Steigende Kosten bedeuten, dass sie sich nicht durchsetzen können. „Auch weiter oben in der Lieferkette gibt es Probleme“, so das Journal weiter. „Siemens Gamesa und Vestas, die zusammen etwa 80 % aller Turbinenblätter und -gondeln für Projekte außerhalb Chinas herstellen, verlieren Geld.“

Die Erwartungen werden nicht erfüllt

Auf den ersten Blick scheint die Offshore-Windkraft gewisse Vorteile zu bieten. In erster Linie weht der Wind auf dem Meer zuverlässiger als an Land. Das macht sie weniger ineffizient als ihre Onshore-Gegenstücke. Doch die Finanzierung von Bau und Betrieb Hunderte riesiger Offshore-Windturbinen und die Übertragung des von ihnen erzeugten Stroms an Land, wo er benötigt wird, geht ins Geld.

Der Bau von Offshore-Windprojekten dauert länger, die Vorlaufkosten sind höher (und werden durch Kredite finanziert), und die Wartungskosten sind wesentlich höher als bei Onshore-Windparks oder Solaranlagen. Windturbinen auf See gehen häufig kaputt, und ihre Effizienz bei der Stromerzeugung nimmt ab dem Tag ihrer Inbetriebnahme ab, wobei sich der Rückgang von Jahr zu Jahr beschleunigt. Der Ersatz von Offshore-Windturbinen, die sich über 200 m über der Meeresoberfläche erheben können, ist enorm teuer, und die Kosten werden auf die Steuerzahler umgelegt. Da immer mehr Gemeinden in Meeresnähe klagen, um Windprojekte zu stoppen, müssen die Projektentwickler die zusätzlichen Kosten für Rechtsstreitigkeiten tragen.

Es hat sich herumgesprochen, dass am Ende des grünen Regenbogens nicht unbedingt ein Topf voll Gold steht. Die Regierung Biden veranstaltete vor kurzem eine Auktion für Pachtgebiete im Golf von Mexiko, und die Windkraftentwickler wurden aufgefordert, Gebote abzugeben. Die Auktion kam und ging, ohne dass irgendwelche Gebote abgegeben wurden.

Autor: [Bonner Cohen, Ph. D.](#), is a senior policy analyst with CFACT, where he focuses on natural resources, energy, property rights, and geopolitical developments. Articles by Dr. Cohen have appeared in *The Wall Street Journal*, *Forbes*, *Investor's Business Daily*, *The New York Post*, *The Washington Examiner*, *The Washington Times*, *The Hill*, *The Epoch Times*, *The Philadelphia Inquirer*, *The Atlanta Journal-Constitution*, *The Miami Herald*, and dozens of other newspapers around the country. He has been interviewed on Fox News, Fox Business Network, CNN, NBC News, NPR, BBC, BBC Worldwide Television, N24 (German-language news network), and scores of radio stations in the U.S. and Canada. He has testified before the U.S. Senate Energy and Natural Resources Committee, the U.S. Senate Environment and Public Works Committee, the U.S. House Judiciary Committee, and the U.S. House Natural Resources Committee. Dr. Cohen has addressed conferences in the United States, United Kingdom, Germany, and

Bangladesh. He has a B.A. from the University of Georgia and a Ph. D. – summa cum laude – from the University of Munich.

Link:

<https://www.cfact.org/2023/09/12/offshore-wind-encounters-financial-turbulence/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE